

Europäische Währungsunion ein Quantensprung*

Dr. Otto Jacobi, geb. 1938 in Frankfurt/M., Studium der Volkswirtschaftslehre, ist seit 1989 freier Sozialwissenschaftler im Laboratorium Europa, Forschungs- und Beratungsstelle für industrielle Beziehungen in Europa. Er ist Mitglied des Editorial Committee der vom Europäischen Gewerkschaftsinstitut in Brüssel herausgegeben Vierteljahreszeitschrift Transfer.

Mit Fug und Recht kann man behaupten, daß die (west)europäische Integration eine der wichtigsten Politikinnovationen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist. Aus einstigen Kriegsgegnern sind Partner geworden. Sie haben sich mit der Europäischen Union (EU) eine supranationale Institution mit eigenen Entscheidungskompetenzen geschaffen, um ihre politischen, vor allem aber ihre wirtschaftlichen Interessen zu bündeln und gemeinsam zu vertreten. Der europäische Integrationsprozeß war gekennzeichnet durch eine Abfolge von Integrationsschüben und Phasen der Stagnation. Einen enormen Auftrieb erhielt das europäische Einigungswerk mit dem gemeinsamen Binnenmarkt, der in den vergangenen zehn Jahren geschaffen wurde. Im Maastrichter Vertrag ist mit der geplanten Einführung einer europäischen Gemeinschaftswährung zum 1. Januar 1999 eine Jahrhundertentscheidung getroffen worden. Es ist ein Quantensprung in die Zukunft des 21. Jahrhunderts, ein Quantensprung auf ein historisch einmaliges Niveau supranationaler Kooperation.

Die Europäische Währungsunion (EWU), also die Entnationalisierung von Geld und Währung, reicht in die Tiefenstruktur aller Mitgliedsstaaten der EU, die trotz aller Europäisierung von Politik und Wirtschaft sich noch immer als Nationalstaaten betrachten. Es ist ein Anachronismus, wenn Nationalstaaten ihre Grenzen geradezu neurotisch bewachen, im gleichen Augenblick aber die Internationalisierung der Wirtschaft eben diese Grenzen mehr und mehr durchlöchert. Nimmt man noch hinzu, daß technologische Revolutionen und die rapide Globalisierung der Wirtschaft große Umwälzungen mit sich bringen, dann wird ersichtlich, wie sehr die geplante Währungseinheit von politischer Unübersichtlichkeit und wirtschaftlicher wie sozialer Unsicherheit umgeben ist. Die weitverbreitete Massenarbeitslosigkeit und die nur halbherzigen Bemühungen, Beschäftigungssicherheit wieder herzustellen, tragen dazu bei, das Vertrauen der Bevölkerung in die zu einseitig auf Währungsstabilität ausgerichtete Währungsunion zu untergraben. Es ist deshalb auch sehr verständlich, daß eine längst überfällige Debatte über Sinn und Zweck der gemeinsamen Euro-Währung in Gang gekommen ist. Diese Kontroverse, die über weite Strecken eher hitzig-emotional als nüchtern-rational geführt wird, hat durchaus ihre Vorteile, denn nur ein Abwägen der Chancen und Risiken kann mehr Gewißheit bringen, ob der Quantensprung von Vorteil sein wird.

Es ist ein Kennzeichen der Diskussion, daß die herkömmlichen Konfliktlinien zwischen der politischen Linken und der politischen Rechten als Orientierungshilfen wenig taugen, da es in beiden Lagern Befürworter und Gegner gibt. Eine andere Besonderheit ist, daß die politische Elite, die wirtschaftlichen Entscheidungsträger

* Eine englische Fassung des Beitrags wird in Heft 2/1996 der Zeitschrift Transfer erscheinen.

und die gewerkschaftlichen Führungsspitzen in ihrer großen Mehrheit Anhänger einer gemeinsamen Währung sind, während bei vielen Wählern, Einzelunternehmern und einem Großteil der Arbeitnehmer Skepsis und Ablehnung überwiegen.

Mit einem Schuß Vereinfachung lassen sich in einer partei- und sozialgrenzenübergreifenden Klassifizierung die Gegner einem *traditionalistischen* Lager und die Befürworter einem *reform-modernistischen* Lager zuordnen. Mit dieser Einteilung ist gemeint, daß unter Bedingungen großer Unsicherheit viele Menschen ihre Ängste vor der Zukunft dergestalt traditionalistisch wenden, als ihnen das vertraute nationale Umfeld Schutz und Sicherheit zu geben verspricht. Das modern-reformistische Lager hingegen zieht aus den gegebenen Umständen die Schlußfolgerung, daß ein Verharren in nationalstaatlichen Wagenburgen zugunsten einer weiteren Europäisierung von Politik und Wirtschaft überwunden werden muß. Nachfolgend wird zu zeigen versucht, daß die Politik einer forcierten europäischen Integration der einer Renationalisierung überlegen und die EWU politisch wie wirtschaftlich von hohem Nutzen ist. Damit aber die Währungsunion zur vollen Entfaltung kommt und auch ein sozialer Nutzen für die Arbeitnehmer entsteht, bedarf es der Erweiterung um eine europäische Beschäftigungs- und Sozialunion. Zu Recht reklamieren die Gewerkschaften, daß Wirtschaft und Soziales in ein Gleichgewicht gebracht werden und der sozialen Dimension im europäischen Integrationsprozeß der gleiche Stellenwert wie Wirtschaft und Währung beigemessen wird. Bleibt es bei der bisherigen Unausgewogenheit, dann kann sich die einseitige Ausrichtung auf währungspolitische Ziele zu einem ernsthaften Hemmschuh auswachsen, weil der EWU die unabdingbare Voraussetzung einer breit in der Bevölkerung der EU-Staaten verankerten sozialen Legitimation fehlt.

Binnenmarkt und Währungsunion

Mit der Ende der sechziger Jahre erreichten Beseitigung von Zollgrenzen haben die (west)europäischen Länder einen ersten Schritt auf dem Weg zu einem einheitlichen Binnenmarkt getan. Ihm folgte mit dem Abbau sogenannter nichttarifärer Handelsbarrieren in den Jahren ab 1985 der entscheidende Durchbruch zu einem gemeinsamen europäischen Markt. Nimmt man noch die bevorstehende Einbeziehung der Verkehrs-, Kommunikations- und Energiemärkte hinzu, dann wird EU-Europa in naher Zukunft über einen länder- und grenzüberschreitenden Binnenmarkt verfügen, dessen multinationaler Charakter einmalig in der Welt ist. Es gibt keine andere Weltregion, die auch nur in annähernd gleicher Weise entnationalisiert ist. Dies heißt im Umkehrschluß, daß in EU-Europa nationale Märkte und Volkswirtschaften immer mehr erodieren. Die seit Jahren unvermindert anhaltende Welle von grenzüberschreitenden Unternehmenszusammenschlüssen ist ein Beleg dafür, daß die Großkonzerne nicht mehr ihr Herkunftsland, sondern Europa als ihren Heimatmarkt betrachten, von dem aus sie weltweit tätig werden. Die nationalen Volkswirtschaften in EU-Europa sind also sehr eng miteinander verflochten und weithin entgrenzt. Aus diesem Umstand läßt sich die zentrale These ableiten, daß in gleicher Weise wie Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr entnationalisiert sind, auch das nationale Geld- und Währungswesen europäisiert werden wird. Die ökonomische Logik besagt, daß der gemeinsame Binnenmarkt sich seine gemeinsame Währung schaffen wird.

In gewisser Weise kann man diese Entwicklung bereits heute feststellen, nämlich in Gestalt der deutschen Währung, die de facto als europäische Ankerwährung fungiert. Geldpolitische Souveränität ist bei den meisten europäischen Ländern schon lange nicht mehr gegeben. Einige Länder haben deshalb ihre Währungen eng mit der deutschen verbunden und bilden den sogenannten D-Mark-Hartwährungsblock, von dem die übrigen Währungen abhängig sind. Die Führungsposition der deutschen Währung besteht darin, daß die Bundesbank die Macht hat, das Zinsniveau in Europa

zu steuern. Demgegenüber ist der geldpolitische Spielraum der anderen Länder marginal. Es ist ein Fetisch, reine Illusion, wenn man in diesen Ländern glaubt, mit nationalen Währungen eigenständige Zinspolitik betreiben zu können. Die währungspolitische Realität ist, daß die deutsche Währung, in deren Schlepptau sich Partnerwährungen, halbautonome Währungen und reine Satellitenwährungen befinden, eine Dominanzposition einnimmt.

Die Asymmetrie zwischen dem gemeinsamen Binnenmarkt und einer nationalen Währungsdominanz ist aus ökonomischen wie politischen Gründen weder eine gute noch eine dauerhafte Lösung. Wirtschaftlich bedenklich ist, daß die Bundesbank deutsche Interessen verfolgt und damit zugleich europäische Währungspolitik macht. Politisch bedenklich ist, daß die Führungsposition der deutschen Währung eine permanente Quelle für Konflikte zwischen den europäischen Ländern ist. Die bessere Lösung ist eine einheitliche Euro-Währung. Im Gegensatz zu den siebziger Jahren, als Europa mit dem Werner-Plan einen ersten Anlauf unternahm, sind heute die Voraussetzungen für eine Gemeinschaftswährung günstiger. Der Binnenmarkt ist nämlich mit unionsweiten Regeln ausgestattet, hat ein hohes Niveau an Verflechtung und damit gegenseitiger Abhängigkeit zwischen den EU-Staaten entstehen lassen, so daß die realwirtschaftlichen Grundlagen für die Währungsunion als unverzichtbarer und auch sinnvoller Vollendung des Binnenmarktes geschaffen wurden.

Triadenkonkurrenz

Am Anfang war das Motiv, Frieden in Europa zu sichern, die treibende Kraft für den Integrationsprozeß. Im Laufe der Zeit haben sich wirtschaftliche Ziele in den Vordergrund geschoben. Je mehr sich die Konkurrenz auf den internationalen Märkten verschärfte, desto mehr setzte sich in Europa die Überzeugung durch, daß nationale Alleingänge suboptimal gegenüber einer gemeinschaftlich organisierten Vertretung europäischer Wirtschaftsinteressen sind. Der Wahlspruch der Frauenbewegung „Gemeinsam sind wir stark“ gilt auch für Europa. Es wird noch viele Jahrzehnte dauern, bis ein einheitlicher und mit gemeinsamen Regeln ausgestatteter Weltmarkt funktionieren wird. Bis dahin werden weltregionale Wirtschaftsblöcke vorherrschen, von denen der EU-Binnenmarkt am weitesten entwickelt ist. Diese Interimsphase bis zu einem in ferner Zukunft vielleicht bestehenden Weltbinnenmarkt ist noch längst nicht abgeschlossen; sie hat gerade erst begonnen. Gegenwärtig und auf absehbare Zeit wird die Weltwirtschaft von dem Dreigestirn USA, EU-Europa und Japan beherrscht. Diese drei Wirtschaftsblöcke erstellten 1994 über 80 Prozent des Weltsozialprodukts. Zur Verdeutlichung der Abstände in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zwei Vergleiche: Obwohl die asiatischen Länder mächtig aufholen, ist das Sozialprodukt Indiens nicht größer als das der Niederlande und das chinesische Sozialprodukt nicht größer als das spanische.

Ständige Hinweise darauf, daß Europa sich in der Triadenkonkurrenz behaupten muß, sind nur zu verständlich. Jacques Delors, der in seiner Amtszeit als Präsident der EG-Kommission zum strategischen Vordenker Europas geworden ist, hat immer wieder betont, daß die von ihm konzipierten Projekte des Binnenmarktes und der Währungsunion den Zweck haben, die europäische Wirtschaft wettbewerbstüchtiger zu machen und Europa als dritten „Global Player“ zu positionieren.

Mit der Währungsunion wird auch das Ziel verfolgt, dem amerikanischen Dollar, der de facto als Weltwährung fungiert, eine gleichwertige Euro-Währung entgegenzustellen. Gegenwärtig besteht die große währungspolitische Asymmetrie zwischen den USA und EU-Europa, die beide jeweils ein Drittel des Weltsozialprodukts erstellen, darin, daß der Dollar die währungspolitische Führungsrolle innehat, die Europäer aber noch nicht über ein Pendant verfügen. Zwar ist die deutsche Währung die zweit-

wichtigste Reservewährung der Welt, ihr Abstand zum Dollar ist allerdings beträchtlich. Auf Dauer ist Deutschland politisch wie wirtschaftlich zu schwach, um eine global anerkannte Leitwährung tragen zu können. Es kommt deshalb darauf an, daß im internationalen Währungsgefüge die deutsche Währung als Handels-, Anlage- und Reservewährung von der Euro-Währung abgelöst wird. Der EURO als eine dem Dollar ebenbürtige Weltwährung würde das Gewicht Europas stärken.

Zur Ökonomie der Konvergenzkriterien

Es ist vertraglich vereinbart, daß nur jene Mitgliedstaaten der EU an der Währungsunion teilnehmen können, die die sogenannten Konvergenzkriterien erfüllen. Man will ein hohes Niveau an wirtschaftlicher Konvergenz dadurch erreichen, daß Preisstabilität und niedrige Zinsen gesichert, ein abgesenktes Niveau staatlicher Verschuldung durchgesetzt und die Stabilität des Außenwerts nationaler Währungen gewährleistet werden. Diese Kriterien zu erfüllen, verlangen einschneidende Anpassungsmaßnahmen in allen EU-Ländern, die insbesondere im Bereich der Staatsfinanzen schmerzhaft Eingriffe, seien es Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen und Subventionsabbau, nach sich ziehen, um die geforderte haushaltspolitische Stabilität zu erreichen. Aus diesen Gründen und auch mit dem Argument, staatliche Ausgaben für nationale Beschäftigungsprogramme einzusetzen, ist die ökonomische Rationalität der Kriterien bezweifelt worden. Demgegenüber soll hier festgehalten werden, daß die Konvergenzkriterien auch und gerade unter dem Gesichtspunkt der Interessenlage der Arbeitnehmer ihre Vorzüge haben:

1. Niedrige Inflationsraten tragen dazu bei, die Kaufkraft der Löhne und den Wert der Ersparnisse der Arbeitnehmer zu erhalten.

2. Niedrige Zinsen sind insbesondere mit Blick auf Beschäftigungseffekte von Nutzen. Anders als noch in früheren Jahrzehnten ist eine klassische Beschäftigungspolitik über öffentliche Schuldenaufnahme kaum noch möglich, da sie in der Regel mit Inflationswirkungen, steigenden Zinssätzen und Abstufung der Bonität der Länder verbunden ist, die die Stabilität ihrer Währung nicht sicherstellen können und deshalb - vermittelt über die globalisierten Finanzmärkte - eine Art Strafzins als Ausgleich gegen Abwertungsrisiken zahlen müssen. So liegen gegenwärtig die Zinsen, die Italien für Staatsschulden zahlen muß, etwa 6 Prozentpunkte höher als in Deutschland. Umgekehrt heißt dies, daß eine marktkonforme Beschäftigungspolitik primär über Investitionstimuli erfolgen muß, die ein niedriges Zinsniveau verlangen.

3. Auch aus einem anderen Grund ist die klassische keynesianische Fiskalpolitik, durch kreditfinanzierte Staatsausgaben neue Arbeitsplätze zu schaffen, an ihr Ende gelangt. Die Staatsverschuldung aller EU-Länder ist in den vergangenen 15 Jahren dramatisch gestiegen und hat den Spielraum für öffentliche Beschäftigungsprogramme zusammenschrumpfen lassen. So ist die Schuldenquote, die die Verschuldung des Staates zum Bruttoinlandsprodukt in Beziehung setzt, zwischen 1980 und 1995 in Belgien von 81 auf 134 Prozent gestiegen, in den Niederlanden von 45 auf 78, in Italien von 59 auf 125, in Frankreich von 31 auf 52 und in Deutschland von 32 auf 59 Prozent. Dementsprechend müssen stetig wachsende Anteile der öffentlichen Haushalte für Zinszahlungen aufgebracht werden.

Mit Recht kann man kritisieren, daß die beiden Schuldenkriterien, nämlich Begrenzung der jährlichen Neuverschuldung auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und der Gesamtschulden auf 60 Prozent des BIP, willkürlich gegriffen, zu schematisch und zu starr sind, um wechselnden Konjunkturlagen gerecht zu werden. Aber an der Notwendigkeit, die staatliche Verschuldung zurückzuführen, geht kein Weg vorbei. Die Sanierung der staatlichen Haushalte ist in jedem Fall unvermeidlich, die

Währungsunion erzeugt lediglich Zeitdruck und damit Schwungkraft, die fiskalische Stabilität nicht weiter auf die lange Bank zu schieben. Trotz des hohen öffentlichen Schuldenstandes sind alle EU-Länder ganz weit davon entfernt, die EWU als Währungsreform zu mißbrauchen, um sich zu Lasten ihrer Gläubiger zu entschulden. Eine Währungsreform ist nur bei einem völligen Zusammenbruch der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit denkbar: davon kann bei keinem der EU-Länder auch nur andeutungsweise die Rede sein.

Ein anderer Aspekt, der die Interessenlage der Arbeitnehmer berührt, ist der Umstand, daß die Steuerzahler, d. h. vor allem die zur Steuerehrlichkeit verdamnten Arbeitnehmer, die Zinslast zu begleichen haben. Hohe Staatsverschuldung bringt negative Umverteilungseffekte von unten nach oben mit sich, da ein Großteil der Staatsausgaben in Form von Zinszahlungen an höhere Einkommensbezieher verausgabt wird und mithin Mittel für Investitionen und sozialpolitische Transfers fehlen.

4. Stabile Wechselkurse als weiteres Konvergenzkriterium sollen verhindern und schon einüben, was bei einer europäischen Gemeinschaftswährung ohnehin nicht mehr möglich ist, nämlich Abwertungen nationaler Währungen als Instrument zu nutzen, binnenländische Fehlentwicklungen zu korrigieren und so die Wettbewerbsposition manipulativ zu verbessern. Der Nachteil von Abwertungen ist, daß vorangegangene wirtschaftspolitische Fehler in Form von international überdurchschnittlichen Preissteigerungen, Staatsschulden und Produktivitätseinbußen abrupt geheilt werden sollen. Freilich besagen die bisherigen Erfahrungen, daß Abwertungen nur kurzzeitig eine Besserung bringen, weil die Abwertungsmentalität nicht zu einer wirtschaftspolitischen Kehrtwendung zwingt und deshalb die Spirale von Inflation und Staatsschulden weiter gedreht wird. Es ist kein Zufall, daß Abwertungsländer in der Regel Abwertungsländer bleiben. Wer an die heilende Wirkung von Abwertungen glaubt, unterliegt einer Wechselkursillusion. Arbeitnehmer haben übrigens auch keinen großen Vorteil. Da die Exportwaren von Abwertungsländern billiger abgegeben werden und Importwaren sich verteuern, verlieren die Lohneinkommen der Arbeitnehmer an Kaufkraft. Es ist also vernünftiger, wirtschaftspolitische Fehlentwicklungen von vornherein zu vermeiden, als sie im nachhinein mit Ungewissen Erfolgsaussichten heilen zu wollen.

Mit den Konvergenzkriterien sind hohe Zugangsbarrieren für die Teilnahme an der EWU errichtet worden, mit der Folge, daß EU-Europa währungspolitisch zweigeteilt sein wird. Solche Mitgliedstaaten der EU, die beim Start nicht dabei sind, können dann der EWU beitreten, wenn sie die Kriterien erfüllen. Es wäre zwar besser, wenn alle EU-Länder von vornherein an der EWU teilnehmen könnten, aber das Mißtrauen gegenüber Ländern mit geringer haushalts- und preispolitischer Disziplin ist zu groß. Deshalb ist das jetzt vorgesehene Verfahren, zunächst nur eine Kern-Währungsunion zu gründen, nur die zweitbeste Lösung. Sie macht es erforderlich, daß zwischen den Ins und den Outs geordnete währungspolitische Beziehungen etabliert werden. So ist vorgesehen, zwischen der Euro-Währung und den noch verbliebenen Währungen einzelner EU-Staaten fixe Wechselkurse festzulegen. Damit will man erreichen, daß die Outs auf den kurzzeitigen Wettbewerbsvorteil von Abwertungen verzichten und statt dessen ihre hauspolitische Gesundheit vorantreiben. Eine solche Regelung ist durchaus von gegenseitigem Interesse. Die Ins schützen sich vor einer die realwirtschaftlichen Fundamentaldaten übersteigenden Aufwertung des Euro. Aber es entspricht auch dem Eigeninteresse der Outs, da ihnen der Ausschluß aus der EWU teuer zu stehen kommt. Die weitere Abwertung ihrer Währungen bedeutet nämlich, daß sie bei einem späteren Beitritt ungünstige Umstellungskurse erhalten. Hinzu kommt, daß die internationale Bonität der Outs abgestuft wird und sie entsprechend hohe Zinsen zu zahlen haben. Das wahrscheinliche Szenario wird also sein, daß die Attraktivität der

Euro-Währung so hoch sein wird, daß alle sich verstärkt darum bemühen werden, ihr baldmöglichst anzugehören.

Dem steht allerdings eine weit verbreitete Skepsis in der Bevölkerung gegenüber, so daß es mithin nicht ausgeschlossen werden kann, daß die EWU nicht, wie geplant, zum 1. Januar 1999 in Kraft tritt. Würde der Start mit plausiblen Argumenten um ein oder zwei Jahre verzögert, hielte sich der Schaden in Grenzen. Ein völliges Scheitern der Währungseinheit allerdings hätte erhebliche Rückwirkungen auf die europäische Wirtschafts- und Beschäftigungslage. So ließen sich die Vorteile einer Gemeinschaftswährung, die in der Vergleichbarkeit der Preise, höherer Markttransparenz und im Wegfall der Kosten für Transaktionen und Kurssicherung liegen, nicht realisieren. Schwerer wiegt, daß Währungsturbulenzen erneut einsetzen würden, weil das Problem spekulativer Manipulation der Wechselkurse zwischen den Mitgliedsländern und die darin eingeschlossene Gefahr wirtschaftlicher Fehlentscheidungen nicht beseitigt wären. Katastrophal wäre es aber, käme der europäische Integrationsprozeß ins Stocken und würde sich eine verhängnisvolle Tendenz der Reetablierung vermeintlich „vollsovereäner“ Nationalstaaten breit machen. Dies wäre angesichts der ungebrochen fortschreitenden Globalisierung der Wirtschaft kontraproduktiv für alle europäischen Länder.

Währungsunion und Beschäftigung

Die Spielräume für nationale Beschäftigungspolitik sind zwar nicht völlig geschrumpft, aber merklich kleiner geworden. Um so mehr richten sich viele Erwartungen auf eine europäische Beschäftigungsinitiative. Zunächst ist festzuhalten, daß im Maastrichter Vertrag über die Europäische Union zwar die Ziele eines „hohen Beschäftigungsniveaus“ und der „Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen“ festgeschrieben sind, es aber an einer der EWU vergleichbaren Ernsthaftigkeit fehlt, beschäftigungs- und sozialpolitische Stabilitätskriterien aufzustellen und zu realisieren. Deshalb ist es eine richtige Forderung der Gewerkschaften, die Wirtschafts- und Währungsunion um eine Beschäftigungs- und Sozialunion zu ergänzen. Hierzu haben der Europäische Gewerkschaftsbund mit seiner Forderung nach einem europäischen Modell der Sozial- und Arbeitsbeziehungen und Jacques Delors mit seinen Überlegungen zu einer europäischen „Wirtschaftsregierung“ die Stichworte geliefert.

Ausgangspunkt solcher Überlegungen ist, daß stabile Preise und abgesenkte Staatsschulden keinen Gegensatz zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik bilden, sondern geradezu Voraussetzungen für ein hohes Beschäftigungsniveau sind. Des weiteren wird unterstellt, daß mit der Euro-Währung ein kontinentaler Hartwährungsraum entstehen wird. Damit aber daraus auch eine Beschäftigungs- und Sozialunion wird, bedarf es politischer und sozialer Gegenspieler zur zukünftigen Europäischen Zentralbank (EZB), die dadurch die Rolle eines europäischen Machtzentrums innehaben wird, daß ihr die alleinige Souveränität für geld-, zins- und währungspolitische Entscheidungen zukommt. Die Asymmetrie zwischen der zentralen Machtstellung der EZB und der im nationalen Kompetenzbereich verbleibenden Fiskalpolitik sowie einer Gewerkschaftsbewegung, die noch in nationalen Denk- und Handlungsmustern verfangen und über Ansätze einer europäisch koordinierten Interessenvertretung noch nicht hinausgekommen ist, muß eingeebnet werden. Wie steht es mit den Potentialen und Chancen einer solch hochgesteckten Perspektive, nämlich der „Währungsregierung“ eine „Wirtschaftsregierung“ in Form einer zwischen den EU-Ländern abgestimmten Wirtschaftspolitik und eine „Sozialregierung“ durch eine europäische Gewerkschaftsmacht entgegenzustellen?

1. Die Delors'sche Wirtschaftsregierung ist deshalb keine Luftnummer, weil die Euro-Währung eine stabilitätskonforme, den Konvergenzkriterien entsprechende Fiskalpolitik der am Währungsverbund teilnehmenden Staaten erfordert. Wie aus der

Währungsgeschichte - insbesondere des 19. Jahrhunderts - bekannt ist, brechen multinationale Währungsunionen immer dann auseinander, wenn die beteiligten Staaten nicht willens oder fähig sind, ein hohes Maß an wirtschaftspolitischer Konvergenz und Koordination zustande zu bringen. Deshalb sind auch im Maastrichter Vertrag über die EU entsprechende Verfahren der multinationalen Koordinierung und Überwachung der nationalen Wirtschafts- und Haushaltspolitik vorgesehen. Darüber hinaus haben so verschiedene Akteure wie Delors, der deutsche konservative Finanzminister Waigel und Präsident Lamfalussy vom Europäischen Währungsinstitut vorgeschlagen, einen „Vertrauenspakt“ zur dauerhaften fiskalpolitischen Stabilität zu schließen.

Eine wirtschaftspolitische Zusammenarbeit zwischen den EU-Staaten ist zwar noch keine Beschäftigungspolitik, aber doch eine wesentliche Voraussetzung. In der Erkenntnis, daß eine reine Wirtschafts- und Währungsunion keine ausreichende Legitimation in der Bevölkerung findet, hat Delors als eine seiner letzten Amtshandlungen das Weißbuch über „Wachstum - Wettbewerbsfähigkeit - Beschäftigung“ ausgearbeitet. Vorgeschlagen wird, ein großes Investitionsprogramm von mehreren 100 Milliarden ECU aufzulegen. Vorgesehen ist, transeuropäische Netze im Bereich Verkehr, Energie und Kommunikation (sogenannte Datenautobahnen) zu errichten sowie moderne Technologien mit dem Ziel zu fördern, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern. Über dieses Investitionspaket sollen Wachstum und Beschäftigung im Umfang von 15 Millionen neuen Arbeitsplätzen geschaffen werden. Von den Gewerkschaften werden Lohnzurückhaltung und die Bereitschaft verlangt, den Arbeitsmarkt flexibler zu gestalten. Im Gegenzug wird ihnen die Mitwirkung am Investitionsprogramm in Form tripartistisch besetzter Technologie- und Beratungsgremien auf gesamtwirtschaftlicher und sektoraler Ebene sowie der Abschluß eines europäischen Sozialpaktes angeboten.

Das Delors'sche Wirtschaftsprogramm ist eine intelligente Kombination aus technologischer und infrastruktureller Modernisierung mit Wachstum, Beschäftigung und Absicherung der europäischen Sozialstandards. Es ist eine Doppelstrategie aus angebotsorientierter und keynesianischer Wirtschaftspolitik und unterscheidet sich dadurch wohltuend von allen marktradikal neoliberalen Konzepten. Es wird auf die politischen Machtverhältnisse ankommen, ob aus dieser Vision mehr wird als nur die bisher eher halbherzige Umsetzung durch die europäischen Staats- und Regierungschefs.

2. Eine europäische „Sozialregierung“ oder, etwas bescheidener ausgedrückt, eine soziale Gewährsmacht in Form einer gemeinschaftsweit koordinierten Interessenvertretung der Gewerkschaften ist eine Selbstverpflichtung, der sich die Gewerkschaften unterziehen müssen, wenn sie der mächtigen Europäischen Zentralbank (EZB) Paroli bieten wollen. Die zukünftige Währungsbehörde, die mit ihrer strikten Verpflichtung auf Preis- und Währungsstabilität immer ein gewichtiger Gegenspieler der Gewerkschaften sein wird, setzt mit der Steuerung von Zinsen und Geldmenge Rahmenbedingungen für die Lohnpolitik. Notenbanken sind gleichsam von Natur aus konservativ und halten Lohn- und Sozialstandards tendenziell immer für zu hoch. Es ist deshalb zu erwarten, daß sich in ähnlicher Weise wie bislang auf nationaler Ebene Konfliktlinien zwischen der EZB und den Gewerkschaften ergeben werden, wenn sich die lohn- und verteilungspolitischen Ziele der Gewerkschaften mit den stabilitätspolitischen Zielen der EZB hart im Raum stoßen. Die Gewerkschaften müssen ihren Aktionsparameter Lohn so gut wie möglich koordinieren, um selbst Rahmenbedingungen setzen zu können. Die Gefahr für die Gewerkschaften besteht darin, daß sie dem einheitlichen europäischen Währungsraum keinen gleich gut organisierten Lohnraum entgegensetzen können. Bleibt die Lohnpolitik national fragmentiert, dann bleibt auch die Hegemonie der Zentralbank unangefochten. Es kommt aber darauf an, daß zwischen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialregierung in etwa ein Gleichge-

wicht herrscht. Dies ist deshalb wichtig, weil niemand den „richtigen“ Lohn kennt, sondern dieser erst ausgehandelt werden muß. In der Währungsunion werden die Rahmenbedingungen auf der europäischen Makroebene, die konkreten Lohnsätze im nationalen Rahmen ausgehandelt.

Da mit der Gemeinschaftswährung das nationale Instrument der Abwertung wegfällt, müssen die Gewerkschaften ihre Lohnpolitik länderübergreifend koordinieren, um der Gefahr einer ruinösen Lohn-Lohn-Konkurrenz in Form einer grenzüberschreitenden Lohnabwärtsspirale zu entgehen. Gegenwärtig bereits kann man in einigen Bereichen wie dem Bausektor, dem Metallhandwerk oder in vielen Dienstleistungsbereichen erkennen, daß schon der Binnenmarkt zu Lohnabsenkungen führt, wenn die Gewerkschaften nicht mehr stark genug sind, Löhne zu regulieren und Lohnkonkurrenz der Arbeitnehmer untereinander zu unterbinden. Auf der Tagesordnung der Gewerkschaften steht die Aufgabe, eine europäische Vertragskultur durchzusetzen.

Was die Gewerkschaften hierzu brauchen, ist eine subsidiär abgestufte Kette von sozialer Interessenvertretung von der lokalen, über die nationale bis zur europäischen Ebene. Die gewerkschaftliche Achillesferse ist die Interessenvertretung auf Gemeinschaftsebene. Gegenüber dem hohen Niveau an wirtschaftlicher Verflechtung ist das gewerkschaftliche Netzwerk im Rückstand. Die noch immer zu ausschließlich auf den nationalen Handlungsrahmen fixierten Gewerkschaften haben einen - mit der EWU nun wirklich - dringlichen Nachholbedarf hinsichtlich EU-weiter Handlungsfähigkeit. Diese Handlungslücke durch eine europaweit abgestimmte Interessenpolitik zu schließen, ist Voraussetzung dafür, daß die Gewerkschaften Gegenspieler der EZB und Mitspieler in der europäischen Beschäftigungs- und Sozialunion werden können.

Eine schlimme Benachteiligung der Gewerkschaften besteht darin, daß der Maastrichter Vertrag über die Europäische Union nur unzureichende und lückenhafte Bestimmungen über die individuellen und kollektiven Sozial-, Partizipations- und Vertretungsrechte der Arbeitnehmer enthält. Es muß erst noch der institutionelle Unterbau geschaffen werden, damit die soziale Dimension den gleichen Rang wie Binnenmarkt und Einheitsgeld erhält. Die nur als rechtlich unverbindliche „Feierliche Erklärung“ verabschiedete *Gemeinschaftscharta für die sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer* und auch das Maastrichter *Protokoll über die Sozialpolitik* müssen in den Vertrag über die EU aufgenommen werden. Dann erst erhalten Sozial-, Partizipations- und kollektive Verhandlungsrechte jenen Verfassungsrang, der für eine europäische Sozialunion notwendig ist. Ein solches europäisches Sozialmodell könnte dann auch als Richtschnur für die ausgebeuteten und weitgehend rechtlosen Arbeitermassen in jenen Ländern gelten, in denen ursprüngliche Akkumulation eines noch ungezügelter Kapitalismus stattfindet.

Die immer wiederkehrende Aufgabe der Gewerkschaften ist es, das Recht auf Arbeit und Mitbestimmung, den Anspruch auf angemessene Löhne und Sozialstandards zu verteidigen. Die in allen westeuropäischen Ländern erstrittenen sozialstaatlichen Standards sind die historischen Errungenschaften der Arbeiterbewegung, die es zu bewahren gilt gegen einen marktradikalen Neoliberalismus, der die Globalisierung der Wirtschaft als Einfallstor gegen das europäische Sozialmodell nutzt. Worum es geht, hat der französische Soziologe Pierre Bourdieu in seiner Solidaritätsadresse an die streikenden Arbeiter im Dezember 1995 wie folgt formuliert: „In der Tat: Wir haben das Privileg sozialer Errungenschaften in Europa. Nun stimmt es natürlich, daß dieses System durch die internationale Konkurrenz gefährdet wird. Ja: weil man in Hongkong oder anderen Ländern Kinder arbeiten läßt, wie Europa das im 19. Jahrhundert tat. Die Frage lautet jetzt also: Sollen wir uns diesen Ländern anpassen? Oder soll man sich nicht auf europäischer Ebene zusammenschließen, um gegen Hongkong zu kämpfen und um die sozialen Errungenschaften nicht zu verlieren?“